Ressort: Gesundheit

AOK und TK fordern Gesetz zu digitalen Patientenakten

Berlin, 22.10.2017, 07:00 Uhr

GDN - Die Vorstandsvorsitzenden von AOK Bundesverband und Techniker Krankenkasse (TK) haben die kommende Bundesregierung aufgefordert, Krankenkassen dazu zu verpflichten, ihren Kunden eine elektronische Gesundheitsakte anzubieten. "Die Digitalisierung im Gesundheitswesen muss Teil der Koalitionsverhandlungen sein", sagte Jens Baas, der Vorstandsvorsitzende der TK der "Welt am Sonntag".

"Wir wünschen uns, dass die nächste Bundesregierung jede Krankenkasse gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Kunden eine elektronische Gesundheitsakte anzubieten." Die Kunden ihrerseits sollten allerdings nicht gezwungen sein, dieses Angebot zu nutzen. Martin Litsch, der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, der die Interessen der elf regionalen AOKs vertritt, macht der Politik auch zeitlichen Druck: "Ich wünsche mir, dass schon im Laufe des kommenden Jahres gesetzlich klargestellt wird, dass Krankenkassen ihre Patienten, Ärzte, Krankenhäuser und andere Leistungserbringer umfassend vernetzen sollen", sagte Litsch der "Welt am Sonntag". Bisher seien die gesetzlichen Grundlagen hier nicht eindeutig genug: "Für uns muss klar sein, dass wir in diesen Bereich investieren können und dafür auch Beitragsgelder unserer Versicherten nutzen können; schließlich sind wir dazu verpflichtet mit unseren Mitteln verantwortungsvoll umzugehen. Dieses Ziel muss schon in den Koalitionsvertrag." Die elf regionalen AOKs und die Techniker Krankenkasse (TK), bei denen insgesamt gut 36 Millionen Menschen versichert sind, wollen mit eigenen Angeboten die Nutzung elektronischer Patientenakten hierzulande vorantreiben. Die AOK gab in der vergangenen Woche den Startschuss für zwei Pilotprojekte, in denen elektronische Patientenakten mit rund 122.000 Versicherten getestet werden sollen und die TK entwickelt mit IBM eine elektronische Gesundheitsakte, deren erste Version bereits im kommenden Jahr allen Kunden angeboten werden soll. Die Projekte der Krankenkassen sind offenbar auch eine Reaktion darauf, dass die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und der mit ihr verbundenen digitalen Patientenakte bereits um viele Jahre verspätet ist.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-96448/aok-und-tk-fordern-gesetz-zu-digitalen-patientenakten.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619